

Antrag

Hannover, den 04.09.2018

Fraktion der FDP

Mobbing an Schulen bekämpfen - Anregungen zu gesamtgesellschaftlichem Handeln

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Mobbing an Schulen ist ein weit verbreitetes Problem mit vielen Facetten. Ob Cybermobbing, Mobbing aufgrund der sozialen oder kulturellen Herkunft, des Aussehens oder einer Behinderung, der Religion oder der sexuellen Orientierung, die Opfer leiden immens und werden nicht selten traumatisiert. Auch auÙerhalb der Klassenräume und des Schulhofs setzt sich das Mobbing nicht selten fort und wirkt somit in das private Leben und die Freizeit hinein. Für die Opfer wird es so zu einer tiefgreifenden, das gesamte Leben bestimmenden Belastung. Die Zeichen, die Opfer von Mobbing zeigen, fallen höchst individuell und zum Teil diffus aus, sodass es für andere nicht immer leicht ist, sie zu erkennen. Sie reichen von einem Rückzug aus dem Alltag und dem gesellschaftlichen Leben über Angst und Depressionen bis hin zu Gewalt gegen sich und andere. Es bedarf großer Kompetenzen, die weit über das Mindestmaß an pädagogischem Wissen hinausgehen, um richtig und individuell mit Mobbingopfern und Tätern umzugehen.

Mobbing unter Schülerinnen und Schülern betrifft alle Schulformen und Altersklassen und hat somit eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Deshalb ist es auch die Gesellschaft, die handeln muss. Gegenwärtige Herausforderungen, wie z. B. die voranschreitende Digitalisierung des Alltags und die erhöhte Migration, bergen zudem das Potenzial in sich, die vorhandenen Probleme noch zu verstärken. Vielerorts wird beklagt, dass Mobbing an Schulen bereits zur Normalität geworden sei. Eine moderne, freiheitliche Gesellschaft kann eine solche Entwicklung nicht zulassen und muss es als ihre Pflicht ansehen, verstärkt gegen Mobbing an Schulen vorzugehen, um junge Menschen, die in Zukunft Verantwortung für unser Land tragen werden, zu schützen.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. die Attraktivität von Beratungslehrerstellen an Schulen durch eine höhere Zahl von Anrechnungsstunden zu steigern,
2. die Attraktivität von Schulsozialarbeiterstellen durch mehr Vollzeitstellen und den Ausgleich der Differenz zwischen TV-L und TV-öD zu erhöhen,
3. die Schulträger dabei zu unterstützen, geschützte Räumlichkeiten für die Schulsozialarbeit und Mobbingprävention an jeder Schule zur Verfügung zu stellen,
4. Schulungen zum Thema Mobbing in die Lehrerausbildung aufzunehmen und Fortbildungen für bereits ausgebildete Lehrkräfte attraktiver zu gestalten, indem das Land Niedersachsen Seminare finanziert, die nicht länger als einen Tag in Anspruch nehmen,
5. auf eine bessere Kooperation von Schulen und Behörden hinzuwirken, insbesondere der Polizei, des Jugendamts, der Erziehungsberatungsstelle und der Landesschulbehörde,
6. einheitliche Anlaufstellen (Schulsozialarbeiter, Beratungslehrer) für Eltern betroffener Kinder an Schulen einzurichten und die Schulen dazu anzuregen, diese Anlaufstellen mit den Eltern zu kommunizieren,
7. die Schulen anzuregen, in ihrem Schulprogramm auf die Themen Sozialkompetenz und demokratische Grundwerte einzugehen und beispielsweise in Form von Projekten (z. B. Soziales Lernen) verstärkt durchzuführen,

8. für Eltern Möglichkeiten zu schaffen, ihre Kompetenzen zu verbessern, um Mobbing vorzubeugen, zu erkennen und ihren Kindern richtig helfen zu können.

Begründung

Etwa 9 % aller Jungen und 10 % aller Mädchen in Deutschland sind laut Statistik bereits wiederholt Opfer von Mobbing geworden. 4 % der Kinder und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren wurden Opfer von Cybermobbing, 18 % sind bereits über das Internet oder das Handy beleidigt worden (Quelle: statista.com). Laut *Süddeutscher Zeitung* (19. April 2017) liegt der Wert der regelmäßig von Attacken betroffenen Jugendlichen in Deutschland sogar bei 15,7 % und damit etwas unterhalb des internationalen Durchschnitts. Die Zahlen zeigen dennoch eindrucksvoll, dass Mobbing nach wie vor ein wichtiges Thema ist, gerade wenn man bedenkt, dass von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist, die von der Statistik nicht erfasst wird.

Unabhängig vom Leistungswillen der Kinder und Jugendlichen kann Mobbing erhebliche negative Auswirkungen auf den schulischen Erfolg haben. Deshalb ist es essentiell, Mobbing verstärkt als Problem anzuerkennen und mit Nachdruck zu bekämpfen. Wichtig ist dabei, bei Schülerinnen und Schülern Anzeichen von Mobbing zu erkennen, selbst wenn diese nur unterschwellig in Erscheinung treten. Dazu bedarf es einer besseren Schulung der Lehrkräfte und zusätzlichen sozialpädagogischen Personals an Schulen. Auch der richtige Umgang mit Opfern, Tätern und Behörden muss stärker geschult und kommuniziert werden, um Lehrkräfte zu entlasten und zugleich vorhandene Unsicherheiten bei allen Beteiligten abzubauen.

Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer müssen sich zudem besser vernetzen, damit Mobbing früh erkannt bzw. im Idealfall präventiv verhindert werden kann. Wenn es auftritt, müssen klare Maßnahmen greifen, deren Grundvoraussetzung klare Zuständigkeiten sind, über die alle Beteiligten im Bilde sind. Zentral sollte dabei immer die Förderung präventiver Maßnahmen sein, damit es erst gar nicht zu Mobbing kommt.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 05.09.2018)